



WWA Donauwörth – Förgstraße 23 – 86609 Donauwörth

Landratsamt Donau-Ries  
FB Wasserrecht

Ihre Nachricht

Unser Zeichen  
2-4544.2-DON-19819/2026

Bearbeitung +49 (906) 7009-313  
Johannes Meyer

Datum  
09.06.2026

## **Landesgartenschau 2028; Neubau Donau- und Wörnitzsteg: Vorabübersendung der Auflagen für die Bauausführung**

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei übersenden wir Ihnen vorab unsere Vorschläge für Auflagen und Hinweise für die o.g. Maßnahmen.

### **1. Inhalts- und Nebenbestimmungen**

Für die Errichtung, die Unterhaltung und den Betrieb der Anlage sind die einschlägigen Vorschriften des Wasserhaushaltsgesetzes und des Bayerischen Wassergesetzes, mit den dazu ergangenen Verordnungen, maßgebend. Die hiernach bestehenden Rechte, Verpflichtungen und Vorbehalte sind in den folgenden Inhalts- und Nebenbestimmungen grundsätzlich nicht enthalten.

#### **1.1 Lage im Überschwemmungsgebiet bzw. Anlage am Gewässer**

##### **1.1.1 Der Unternehmensträger hat Vorkehrungen zum Schutz von Abschwemmungen und Gewässerverunreinigungen zu treffen. Die Baustelleneinrichtung ist möglichst außerhalb des Überschwemmungsgebietes zu errichten.**

Der Antragsteller hat dafür Sorge zu tragen, dass die Baustelle entsprechend rechtzeitig geräumt wird. Maßgeblich ist hierbei die Abflussentwicklung am Donauegel in Donauwörth:



[https://www.hnd.bayern.de/pegel/donau\\_bis\\_kelheim/donauwoerth-10039802](https://www.hnd.bayern.de/pegel/donau_bis_kelheim/donauwoerth-10039802)

Für das Brückenbauwerk über die Wörnitz ist zusätzlich noch der Wörnitzpegel in Harburg zu betrachten:

[http://www.hnd.bybn.de/hnd/public/pegel/donau\\_bis\\_kelheim/harburg-11809009](http://www.hnd.bybn.de/hnd/public/pegel/donau_bis_kelheim/harburg-11809009)

- 1.1.2 Rechtzeitig vor Maßnahmenbeginn ist durch den Antragsteller ein entsprechender Hochwasserschutz- und Alarmplan zur Evakuierung der Baustelle als auch zur Sicherung der Deichabschnitte im Maßnahmenbereich aufzustellen und der ausführenden Baufirma, der Genehmigungsbehörde (Landratsamt Donau-Ries, Fachbereich Wasserrecht), dem Landratsamt Donau-Ries, Fachbereich Katastrophenschutz, der Stadt Donauwörth, Öffentliche Sicherheit und Ordnung, der LEW Wasserkraft GmbH bzw. der MDK, sowie dem Wasserwirtschaftsamt Donauwörth vorzulegen.
- 1.1.3 Überschüssiges Erdmaterial ist außerhalb von Überschwemmungsgebieten zu verbringen. Bauschutt ist ordnungsgemäß zu entsorgen.
- 1.1.4 Es dürfen nur Materialien und Baustoffe verwendet werden, insbesondere für erdbehrte und im Freien befindliche Bauteile, die keine wassergefährdenden und/oder auslaugbaren Stoffe enthalten.
- 1.1.5 Nach der Bauausführung ist der ursprüngliche Zustand der Uferböschungen und der Gewässersohle wieder herzustellen.
- 1.1.6 Der vorhandene Bewuchs im Bereich des Gewässers ist bei der Durchführung der Baumaßnahme nach Möglichkeit zu schonen und soll weitgehend erhalten werden. Bei der Bauausführung ggf. entfernter Bewuchs ist durch Neuanpflanzungen zu ersetzen.
- 1.1.7 Die Anlage ist auf eigene Kosten abzuändern, wenn dies aus Gründen der ordnungsgemäßen flussbaulichen Unterhaltung erforderlich ist.
- 1.2 Bauvorschriften

Der Antragsteller hat bei der Errichtung der Brückenbauwerke (im Folgenden als Anlagen bezeichnet) die anerkannten Regeln der Technik und Baukunst, die einschlägigen Vorschriften und Bestimmungen sowie die Unfallverhütungsvorschriften, in der jeweils geltenden Fassung, einzuhalten.
- 1.3 Bauausführung
  - 1.3.1 Beginn und Ende der Baumaßnahme sind dem Landratsamt-Donau-Ries schriftlich anzuzeigen. Der Beginn der Baumaßnahme ist vor Anfang der Bauarbeiten rechtzeitig anzuzeigen.
  - 1.3.2 Durch den Antragsteller ist eine bautechnische Beweissicherung durchzuführen, insbesondere in den betroffenen Gewässer- und Deichabschnitten sowie der Flutmulde III:
    - Vermessung des betroffenen Deichabschnittes (Deichkrone, Deichfuß, Gelände in einer Entfernung von 5 m zum Deichfuß) durch Vermesser
    - Vermessung aller bauzeitlich beanspruchten Bereiche (insbesondere Flutmulde III und die Donau mit Uferstreifen)
    - Darstellung der Vermessungsergebnisse in Lageplan, Längsschnitt und Querschnitte (Querschnitt üblicherweise alle 20-25 m)
    - Fotodokumentation der betroffenen Bereiche

- 1.3.3 Während der Bauausführung muss der Ablauf von Hochwasser stets ohne nennenswerte Beeinflussung möglich sein.
- 1.3.4 Es sind jegliche Maßnahmen zu unterlassen, die eine Verunreinigung oder sonstige nachteilige Veränderungen von Eigenschaften der Donau oder des Grundwassers besorgen lassen.
- 1.3.5 Bei den Erdarbeiten ist generell darauf zu achten, ob eventuell künstliche Auffüllungen, Ablagerungen, o.Ä., angetroffen werden. In diesem Fall ist umgehend das Landratsamt Donau-Ries einzuschalten, das alle weiteren Schritte in die Wege leitet.
- 1.3.6 Bei der Errichtung der Anlage dürfen keine wassergefährdenden auslaug- und auswaschbaren Materialien verwendet werden.
- 1.3.7 Die Anlage **und die bauzeitlichen Maßnahmen** sind so zu sichern, dass Schäden an ihnen (insbesondere bei Hochwasser) und am Gewässer vermieden werden.
- 1.3.8 Die Rampen, das Bohrplanum und die Verfüllung der Baugruben hat mit nachweislichen Z 0-Material bzw. unbelastetem Bodenmaterial zu erfolgen.
- 1.3.9 Überschüssiges Erdmaterial ist außerhalb von Überschwemmungsgebieten zu verbringen.
- 1.3.10 Der Bauschutt ist ordnungsgemäß zu entsorgen.
- 1.3.11 Bei größeren Hochwasserereignissen während der Bauzeit hat der Antragsteller und sein Auftragnehmer die Anlage ständig zu beobachten (auch an arbeitsfreien Tagen und außerhalb der üblichen Arbeitszeiten).  
Bei Gefahr für das Gewässer oder die Anlage hat der Antragsteller und sein Auftragnehmer unverzüglich die entsprechenden Sicherungsarbeiten einzuleiten und zügig durchzuführen.
- 1.3.12 Soweit die Lagerung wassergefährdender Flüssigkeiten nicht durch landesrechtliche Vorschriften geregelt ist, gilt Folgendes:
- Kraftstoffbehälter sowie Öl- und Schmierstoffe dürfen auf der Baustelle nur in einem abgeschlossenen Raum oder einem umzäunten abschließbaren Bereich der Baustelle, außerhalb des Überschwemmungsgebietes, gelagert werden. Der Lagerplatz ist so zu wählen, dass bei einem unvorhergesehenen Auslaufen von Behältern kein Kraft- oder Schmierstoff in den Untergrund oder ins Gewässer gelangen kann. Die Lagerung solcher Stoffe auf der Baustelle ist auf das zur Aufrechterhaltung des Betriebes notwendige Maß zu beschränken. Altöl und unbrauchbar gewordene Kraft- und Schmierstoffe sind in geeigneten Behältern zu sammeln und ordnungsgemäß zu entsorgen.
- 1.3.13 Unfälle, die schädliche Einwirkungen auf das Grundwasser haben können (z. B. Auslaufen von Öl, Platzen von Hydraulikschläuchen, usw., auf der Baustelle und während der Zufahrt zur Baustelle), sind sofort zu melden. Vor Ort sind alle Maßnahmen zu ergreifen, um ein Versickern von wassergefährdenden Stoffen zu verhindern. Auf der Baustelle sind deshalb ausreichende Mengen an Bindemittel vorzuhalten.
- 1.3.14 Wenn hydraulisch arbeitende Geräte (z. B. Bagger, Radlader, usw.) eingesetzt werden, sollten sie mit **biologisch abbaubaren Hydraulikflüssigkeiten** arbeiten. Bei den Kompressoren ist darauf zu achten, dass sie kein Öl verlieren oder versprühen. Sollte Letzteres nicht zu vermeiden sein, dürfen die Geräte nicht am oberirdischen Gewässer aufgestellt werden und es müssen besondere Vorkehrungen getroffen werden, um Schäden zu vermeiden.

## **2. Unterhaltung der Anlage**

- 2.1 Die Anlage ist vom Antragsteller ständig in einem betriebssicheren Zustand zu erhalten.
- 2.2 Evtl. festgestellte Schäden an der Anlage oder durch die Anlage am Gewässer verursachte Schäden, sind umgehend vom Antragsteller zu beseitigen.

## **3. Unterhaltung des Gewässers**

- 3.1 Der Antragsteller hat keinen Anspruch auf Durchführung von Unterhaltungs- oder Ausbaumaßnahmen am Gewässer durch den Gewässerunterhaltungspflichtigen zum Schutze der Anlage.
- 3.2 Insoweit kann er bei Schäden an seiner Anlage auch keinen Anspruch auf Schadenersatz geltend machen, die er auf unterbliebene Unterhaltungs- oder Ausbaumaßnahmen zurückführt.
- 3.3 Die Unterhaltungspflicht des Gewässerbetts sowie der Uferstreifen zum Schutz der Brücke sowie die Einbauten in den Deichbereichen fällt auf den Antragsteller (Sonderunterhaltungslast) und somit auf Große Kreisstadt Donauwörth, im Bereich 10 m oberhalb und 10 m unterhalb der Brückenunterbauten, bzw. im Einzelfall auch darüber hinaus, sofern festgestellt werden sollte, dass der durch die Anlage bedingte Einfluss auf die Gewässerunterhaltung der Donau und der Flutmulde III weitreichender ist.

## **4. Vorbehalte**

Die Festsetzung weiterer Bedingungen und Auflagen aus Gründen des öffentlichen Wohles, insbesondere im Interesse der öffentlichen Sicherheit, des öffentlichen Verkehrs, der Flussunterhaltung oder zur Erhaltung des Landschaftsbildes, bleibt vorbehalten.

## **5. Gestattung**

Für die im Grunderwerbsverzeichnis der Antragsunterlagen aufgeführten beanspruchten Flächen, sind die entsprechenden Gestattungen einzuholen bzw. Gestattungsverträge abzuschließen.

## **6. Änderungen und Beseitigung der Anlage**

- 6.1 Bauliche Änderungen der Anlage bedürfen einer erneuten Genehmigung der Regierung von Schwaben
- 6.2 Sofern die Anlage aus Gründen der Wasserwirtschaft oder aus anderen Gründen des öffentlichen Wohles in der genehmigten Form nicht fortbestehen kann, ist der Antragsteller verpflichtet, sie auf eigene Kosten den neuen Verhältnissen anzupassen.

## **7. Bestandspläne**

Nach Abschluss der Baumaßnahme sind aussagekräftige Bestandspläne von den neu errichteten Bauwerken sowie den angrenzenden Böschungsbereichen 10 m oberhalb und 10 m unterhalb der Brückenunterbauten vorzulegen.

## **8. Rechtsnachfolge**

Die Bedingungen, Auflagen und Hinweise dieses Bescheides gelten auch für etwaige Rechts- und Besitznachfolger des Antragstellers.

## **9. Widerruf**

Die Genehmigung kann zurückgenommen werden, wenn dies aus Gründen der Wasserwirtschaft, der öffentlichen Sicherheit, des öffentlichen Verkehrs oder des Schutzes von Leben, Gesundheit oder Eigentum geboten ist, und ein öffentliches Interesse am Fortbestand der Anlage nicht besteht.

## **10. Hinweise**

- 10.1 Die geplanten Maßnahmen, insbesondere die (bauzeitlichen) Maßnahmen östlich der Donau befinden sich im amtlich festgesetzten Überschwemmungsgebiet der Donau (Gew I) und sind bereits ab einem Ereignis < HQhäufig (HQ10) betroffen.
- 10.2 Der Vorhabensträger hat dafür Sorge zu tragen, dass die Baustelle bei drohender Hochwassergefahr rechtzeitig geräumt wird. Diese Information ist vom Vorhabensträger unbedingt auch an die auszuführenden Firmen vor Ort weiterzugeben. Als Vorwarnpegel halten wir den Donaupegel in Donauwörth sowie den Wörnitzpegel in Harburg für geeignet. Der Pegel ist über den Hochwassernachrichtendienst Bayern (<https://www.hnd.bayern.de>) einsehbar und kann auch als kostenlose App „Meine Pegel“ im Google Playstore heruntergeladen werden.
- 10.3 Der Vorhabensträger hat dafür Sorge zu tragen, dass durch die Baustelle der Hochwasserstand und -abfluss nicht nachteilig verändert wird. Hierfür sind entsprechende hydraulische Nachweise für ein HQ10 und HQ100 vorzulegen, die alle unterschiedlichen Bauzustände/Bauphasen umfassen. Die Ergebnisse der Berechnungen sollen in das noch zu erarbeitende Hochwasserschutzkonzept einfließen.
- 10.4 Auf eine Bauabnahme nach Art. 61 Abs. 1 BayWG kann nicht verzichtet werden.
- 10.5 Ein Nachweis der Standsicherheit, insbesondere für die bauzeitlichen Maßnahmen, wird bei dem geplanten Vorhaben aus wasserwirtschaftlicher Sicht als erforderlich angesehen. Für die Standsicherheitsnachweise ist ein mittleres Hochwasser der Donau mit Wasserspiegellagen von bis zu 401,70 m ü. NHN und entsprechende Fließgeschwindigkeiten von bis zu 2,0 m/s zugrunde zu legen.
- 10.6 Es wird angeregt, die Standsicherheitsnachweise durch ein Prüfamts für Baustatik oder einen anerkannten Prüfingenieur für Baustatik prüfen zu lassen.